



152.15.11 Stadtparlament; Postulate

Die Stadt als Aktionärin: Strategie, Vertretungen und Reporting; Postulatsbericht

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat „Die Stadt als Aktionärin: Strategie, Vertretungen und Reporting“ wird aufgrund des vorliegenden Berichts als erledigt abgeschrieben.

1 Postulatsauftrag

Das Stadtparlament hat am 22. Februar 2011 das Postulat von Beat Weber (SP) und Guido Keller (CVP) sowie von 34 mitunterzeichnenden Mitgliedern des Stadtparlaments mit folgendem, abgeändertem Wortlaut erheblich erklärt:

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten, wie er dem Parlament die Geschäftsberichte der wichtigsten städtischen Beteiligungen zugänglich machen kann und ob und in welchem Sinne Änderungen bei den vom Stadtparlament zu wählenden Abordnungen angezeigt sind.

2 Zugang zu den Geschäftsberichten

Die Geschäftsberichte der Organisationen, in welche das Stadtparlament gemäss Art. 98 seines Geschäftsreglements sowie Anhang (sRS 151.1) Abordnungen entsendet, stehen dem Stadtparlament auf dessen Extranet seit Sommer 2015 zur Verfügung.



3 Städtische Beteiligungen

Die Stadt ist in verschiedenen Bereichen an Aktiengesellschaften, Genossenschaften oder Stiftungen beteiligt. Gemeinsame Grundlage aller Beteiligungen ist die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks oder Auftrags.

In der Parlamentsvorlage vom 18. Januar 2011 zur Frage der Erheblicherklärung des Postulats Keller/Weber sowie in der Stellungnahme des Stadtrates zum Postulat Dörflinger/Brunner „Einflussnahme des Parlamentes auf ausgelagerte Institutionen – Rückkopplung an das Parlament“¹ hat der Stadtrat die städtischen Beteiligungen ausführlich dargestellt und die Engagements wie folgt begründet:

- a) Eine Aufgabe gehört nicht zum Kerngeschäft einer Stadtverwaltung, z.B. Olma Messen.
- b) Eine Aufgabe ist sinnvollerweise nur im regionalen Verbund lösbar, z.B. regionale Wasserversorgung oder VRSG.
- c) Die Aufgabe wurde ursprünglich von Dritten wahrgenommen, z.B. Stiftung St.Galler Museen.
- d) Die Aufgabe wurde bewusst entpolitisiert, z.B. Stiftung für Arbeit.

In der erwähnten Parlamentsvorlage hat der Stadtrat zudem seine Beteiligungsstrategie skizziert, d.h. Kriterien und Beurteilungsmassstäbe für das Eingehen oder die Veräusserung sowie für die Steuerung von Beteiligungen aufgezeigt.

Seit mehreren Jahren wird im Rahmen der städtischen Rechnungslegung in der Bestandesrechnung auch ein Beteiligungsspiegel² publiziert. Darin sind sämtliche aktuellen städtischen Beteiligungen in finanzieller, funktionaler und personeller Hinsicht abgebildet. Mit der geplanten Einführung des neuen Rechnungsmodells HRM2 soll dieser Beteiligungsspiegel noch weiter ausgebaut werden.

3.1 Vom Stadtparlament gewählte Abordnungen

Eine besondere Gruppe bilden diejenigen städtischen Beteiligungen, deren Abordnungen vom Stadtparlament gemäss Art. 98 Ziffer 1 seines Geschäftsreglements gewählt werden.

¹ Vom Parlament am 26. Juni 2007 nicht erheblich erklärt

² Rechnung 2014 der Stadt St.Gallen, S. 161 ff. http://www.stadt.sg.ch/home/verwaltungspolitik/demokratie-politik/finanzen/_jcr_content/Par/downloadlist/DownloadListPar/download_0.ocFile/000000_Stadtkanzlei_Rechnung_web.pdf



Betroffen sind die im Anhang zum Geschäftsreglement aufgeführten staatlichen Kommissionen und privatrechtlichen Organisationen. Ein Mitglied der Abordnung wird jeweils auf Vorschlag des Stadtrates gewählt. (Art. 98 Ziffer 2).

Im Art. 98 sind diese Institutionen wie folgt aufgelistet:

- Genossenschaft Konzert und Theater St.Gallen
- Stiftungsrat Historisches und Völkerkundemuseum
- Stiftungsrat Naturmuseum
- Stiftungsrat Kunstmuseum
- Verwaltungsrat der SN Energie AG
- Delegiertenversammlung und Verwaltungsrat der Olma Messen St.Gallen
- Verwaltungsrat der Parkgarage AG (City Parking St.Gallen AG)
- Verwaltungsrat der Verwaltungsrechenzentrum St.Gallen AG
- Verwaltungsrat der Regionalen Wasserversorgung St.Gallen RWSG
- Stiftung für Arbeit; vier Vertreterinnen oder Vertreter im Stiftungsrat

3.2 Art der Mitwirkung

Bei den städtischen Beteiligungen handelt es sich durchwegs um Aktiengesellschaften, Genossenschaften und Stiftungen. Die vom Stadtparlament gewählten resp. vom Stadtrat ernannten Abordnungen nehmen Einsitz in die Verwaltungs- resp. Stiftungsräte, also in deren obersten Aufsichts- und Gestaltungsorganen. Daraus ergeben sich gesetzlich geregelte Sorgfalts- und Treuepflichten wie die Vermeidung von Interessenkonflikten, Ausstand bei Unvereinbarkeiten oder die Unterscheidung der Interessen der Institution von solchen der Stadt als delegierender Körperschaft sowie von persönlichen Interessen.

Mitglieder von Verwaltungs- und Stiftungsräten müssen ihre Aufgaben mit aller Sorgfalt erfüllen und die Interessen der Gesellschaft in guten Treuen wahren.³ Sie können für verschuldete Pflichtwidrigkeiten verantwortlich gemacht werden, die zu einer Schädigung von Gesellschaft, Aktionären oder Gläubigern führen. Wobei das entsendende Gemeinwesen diese Personen schadlos halten muss, wenn sie im Rahmen und in Absprache mit den vorgesetzten Stellen gehandelt haben. Regressfragen lösen sich dann wiederum nach dem anzuwendenden Staatshaftungsrecht.

³ Vgl. OR Art. 717



3.3 Erwägungen

Zur Beurteilung, ob bei den städtischen Beteiligungen Änderungen angezeigt sind und ob insbesondere die Liste im Anhang des parlamentarischen Geschäftsreglements erweitert, gekürzt oder gar vollständig aufgehoben werden soll, sind folgende Fragen zu klären:

- a) Kann die Stadt mittels Beteiligungen sicherstellen, dass ihre Interessen von den fraglichen Organisationen hinreichend wahrgenommen werden?

Sowohl in den Aktionariaten als auch in den Verwaltungs- und Stiftungsräten der aufgeführten Institutionen verfügt die Stadt lediglich über Minderheitsbeteiligungen bzw. keine Mehrheit in den Entscheidungsgremien, kann also jederzeit überstimmt werden.

- b) Könnten die aufgeführten Institutionen ihre Leistungen auch ohne städtische Beteiligungen erbringen?

Als Alternative zu städtischen Beteiligungen und der daraus folgenden Mitwirkung von Personen, welche in den Leitungsgremien die Interessen der Stadt vertreten, können Leistungen auf vertraglichem Weg mittels Leistungsvereinbarungen sichergestellt werden. Dies ist insbesondere bei Institutionen denkbar, an welche regelmässig Beiträge ausgerichtet werden.

- c) Erreichen die Institutionen ihre Ziele im angestrebten Sinn und in Übereinstimmung mit den Interessen der Stadt?

Dass sich die geschäftlichen Interessen der aufgeführten Institutionen nicht durchwegs mit städtischen Interessen decken müssen, ist vor allem bei marktwirtschaftlich ausgerichteten Unternehmungen offensichtlich. Zudem agiert die Stadt als Beteiligte in unterschiedlichen Rollen, die sich nicht durchwegs zur Deckung bringen lassen. Bei der VRSG ist die Stadt gleichzeitig Kundin, Aktionärin und Mitglied des Verwaltungsrates, bei anderen Institutionen ist sie Bewilligungsinstanz und gleichzeitig Mitglied des Verwaltungsrats der Gesuchstellerin (z.B. Olma Messen St.Gallen) oder sie gewährt Kredite und Beiträge an Institutionen, bei denen sie im obersten Leitungsorgan vertreten ist. Aus solchen Konstellationen resultieren Rollen- und Interessenkonflikte, die im Grunde nicht lösbar sind und mit gesetzlichen Treuepflichten kollidieren können.

3.4 Folgerungen

Der Stadtrat hat sich wiederholt mit Fragen zur Beteiligungsstrategie und zur Public Corporate Governance auseinandergesetzt. Er hat insbesondere Beteiligungen, bei denen das Par-



lament keine Abordnungen wählt, einer kritischen Prüfung unterzogen und zieht in Betracht, sich aus einzelnen Beteiligungen zurückziehen. Der Rückzug kann einerseits darin bestehen, dass kein Exekutivmitglied bzw. kein städtisches Personal mehr mandatiert wird. Andererseits kann auch die Veräusserung von Beteiligungen ins Auge gefasst werden. Der Stadtrat sieht aktuell aber keine Veranlassung, die Liste im Anhang des parlamentarischen Geschäftsreglements einer Anpassung zu unterziehen. Allerdings wünschen die jeweiligen Organisationen v.a. Delegation von Fachkompetenz, siehe auch aktienrechtliche Anforderungen. Im Übrigen steht es dem Parlament frei, externe Sachkundige zu wählen. Der Stadtrat beantragt bei dieser Sachlage die Abschreibung des Postulats.

Beilage:

Postulat vom 16. November 2011

